

Antrag

Initiator*innen: Henning Homann

Titel: Klimaschutz für Alle

Votum der Antragskommission

Debatte

Antragstext

1 Wer mit offenen Augen durch Sachsen geht oder Nachrichten aus der ganzen Welt
2 verfolgen, sieht die Folgen des Klimawandels in den letzten Jahren immer
3 deutlicher: Waldbrände, Unwetter, Hitzewellen, Hochwasser, aber auch
4 periodischer Wassermangel sowie Baumsterben sind seine bereits heute sicht- und
5 erlebbaren Folgen. Der schlechte Zustand der Meere und das Artensterben von
6 Pflanzen und Tieren sind real. Viele spüren mittlerweile: die Belastungsgrenzen
7 der Erde sind fast erreicht. Die absolute Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger
8 ist daher offen für mehr Klimaschutz.
9 Gleichwohl erwarten die Menschen laut Studien, dass die Politik die
10 Voraussetzungen dafür schafft, dass sie wirksam am Klimaschutz mitwirken können.
11 **Die Leute wollen** aber nicht, dass ihnen als Einzelnen die Verantwortung für mehr
12 Klimaschutz allein überlassen wird. Sie fordern von der Politik einen
13 umfassenden Plan, der dann auch zügig umgesetzt wird. Gleichzeitig blicken sie
14 durchaus kritisch auf den Weg, wie Klimaschutz umgesetzt werden soll: Es dürfen
15 möglichst keine bestehenden Arbeitsplätze verloren gehen. Es soll möglichst zu
16 keinen finanziellen Mehrbelastungen für die Bürger kommen.
17 Viele Ältere erinnern sich aber auch noch an die massiven Umweltprobleme der DDR
18 – das Engagement für Umweltschutz war ein wichtiger Teil der friedlichen
19 Revolution von 1989. Die meisten können sich entsinnen, wie nach der Deutschen
20 Einheit das Gras wieder grün und die Flüsse sauberer wurden. Die Lösung lokaler
21 Umweltprobleme gelang damals vielfach beeindruckend schnell.
22 Gerade viele ältere Ostdeutsche erinnern sich, dass die östlichen Bundesländer

23 seit der Wiedervereinigung mehr CO₂ eingespart haben als Westdeutschland. Der
24 Grund: die Wirtschaft und die Industrie waren zusammengebrochen. Der Fortschritt
25 beim heimischen Umweltschutz wurde eben auch mit „blühenden Landschaften“ ohne
26 Industrie und ohne Arbeitsplätze erkaufte. Zugleich sehen viele Arbeiterinnen und
27 Arbeiter manche Erfolge der letzten Jahrzehnte gefährdet, in denen erfolgreich
28 eine neue Industrie wiederaufgebaut und teils gut bezahlte Arbeitsplätze
29 geschaffen wurden (z.B. die sächsische Automobilindustrie).
30 Klimaschutz ist eine Jahrhundertaufgabe der gesamten Gesellschaft. Kein
31 Bewegung, kein Verband und keine Partei kann sie allein bewältigen. Dennoch
32 tragen unterschiedliche Akteure Verschiedenes bei. Die SPD hat dabei vier
33 zentrale Rollen:

34 **1. Der Klimaschutz muss umfassend und dauerhaft sein:**

35 Die SPD hat eine große Tradition als Umweltschutz- und Klimapartei. Der
36 Gründungsauftrag der SPD 1989 fordert „eine ökologisch orientierte soziale
37 Demokratie“, um „den Schutz der natürlichen Umwelt und die Sicherung von
38 Ressourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Generationen zu gewährleisten.“
39 Die SPD-Politiker Erhard Eppler und Hermann Scheer waren Wegbereiter der
40 Umweltbewegung und der Energiewende.

41 Atomausstieg, Erneuerbare-Energie-Gesetz, Pariser Klimaabkommen, Kohleausstieg
42 und Bundes-Klimaschutzgesetz: Die jüngere Geschichte der Klima- und
43 Umweltpolitik in Deutschland zeigt, dass dauerhaft wirksame, umwälzende Reformen
44 stets unter der Ägide von SPD-Kanzlern oder SPD-Umweltministerinnen
45 vorgebracht wurden. Deutschland ist als erstes hochindustrialisiertes Land auf
46 dem Weg in das Zeitalter der vollständigen Versorgung aus erneuerbaren
47 Energiequellen. Alle Weichen dafür hat die SPD in Regierungsverantwortung
48 gestellt.

49 Mit dem Klimapaket, das im vergangenen Jahr beschlossen wurde, haben wir bereits
50 ein großes Investitionspaket zur Förderung klimafreundlicher Technologien
51 geschnürt. In diesem Jahr gehen die ersten älteren und ineffizienteren
52 Kohlekraftwerke vom Netz – so wie es die Kohlekommission empfohlen hat. Das Ende
53 2019 beschlossene Klimaschutzgesetz hat die SPD durchgesetzt. Das ist nicht
54 irgendein Gesetz: Es ist das Fundament der deutschen Klimapolitik. Es definiert
55 klare, gesetzlich verbindliche und verlässliche Ziele und enthält einen
56 Mechanismus, der jedes Ministerium zum Nachsteuern zwingt, wenn die Ziele in
57 seinem Verantwortungsbereich nicht eingehalten werden. Das sorgt dafür, dass wir
58 planbar und verlässlich weniger CO₂ ausstoßen. Im Mai hat das
59 Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber auferlegt, dass diese Ziele nicht nur
60 bis zum Jahre 2030 festgelegt werden, sondern auch darüber hinaus. So, wie es
61 die SPD von Anfang an vorgeschlagen, die CDU aber ausgebremst hatte.
62 Mit der Novelle des Klimaschutzgesetz in 2021 haben wir schließlich einen
63 ambitionierten Plan mit deutlich verschärften Klimazielen vorgelegt. Wir haben
64 uns zum Ziel gesetzt, in Deutschland bis spätestens 2045 klimaneutral zu sein.

65 Unser Ansatz ist langfristig erfolgreicher, weil wir durch eine umfassende und
66 nachhaltige Politik gesellschaftliche Akzeptanz fester verankern und
67 weitreichende Maßnahmen im Klima- und Umweltschutz möglichst unumkehrbar machen.

68 **2. Es ist die SPD, die den Menschen Sicherheit im ökologischen Strukturwandel** 69 **geben kann.**

70 Mehr Klimaschutz ist nun rechtlich verbindlich. Es stellt aber nun auch riesige
71 Anforderungen an alle: Den Staat, die Wirtschaft, die Bürgerinnen und Bürger.
72 Wir haben den Anspruch, dass der damit einhergehende Wandel für alle gut
73 funktioniert: für den Handwerker aus Ostsachsen, der mangels guter
74 Nahverkehrsangebote mit dem Auto zur Arbeit pendelt. Für eine Arbeiterin in der
75 Automobilindustrie oder für eine Familie, die monatlich ihre Miete überweist. Es
76 geht also nicht mehr um die Frage des „ob“, sondern nur noch um die Frage „Wie“.
77 Wenn manche entweder alles nur dem Markt überlassen wollen oder sich immer mehr
78 wünschen, aber nicht erklären, wie man das realistisch umsetzen will, werden die
79 Leute einer ambitionierten Klimapolitik immer weniger folgen. Wer Klimaschutz
80 primär zur individuellen Angelegenheit erklärt und auf die Bürgerinnen und
81 Bürger abwälzt, überfordert viele und treibt die Spaltung der Gesellschaft
82 voran: Wer sich Klimaschutz leisten kann, der ist moralischer Vorreiter – wem
83 die Mittel fehlen, der bleibt „Klimasünder“ und muss auch noch bezahlen.
84 Denn wenn wir massive Schritte zu mehr Klimaschutz gehen, dann muss dieser Umbau
85 auch klappen. Wenn wir nicht jetzt zusätzliche massive Kapazitäten für Strom aus
86 regenerativen Energien ausbauen und den Menschen einfachere und kostengünstigere
87 klimaneutrale Alternative zur Verfügung stellen, dann wird alles nur teurer,
88 aber nicht besser. Wir brauchen eine Politik, die Arbeit für die Zukunft
89 schafft. Uns ist klar: wenn der Klimaschutz auf Kosten von Hunderttausenden von
90 Arbeitsplätzen geschieht, ohne den Leuten eine Perspektive anzubieten, dann
91 werden viele Menschen Parteien wählen, die nur Arbeitsplätze erhalten wollen,
92 aber den Klimaschutz vernachlässigen. Daher müssen wir auch über das „Recht auf
93 Arbeit“ in Deutschland diskutieren. Wir müssen dafür sorgen, dass die
94 ökologische Modernisierung den Standort Deutschland stärkt, neue und gut
95 bezahlte Arbeit schafft und auch in der Zukunft für ein gutes Leben sorgt.
96 Mit bis zu 40 Milliarden Euro unterstützt der Bund die Lausitz, das
97 Mitteldeutsche und das Rheinische Revier auf ihrem Weg in die neue Zeit. Es gibt
98 ein Anpassungsgeld für die Beschäftigten. Darüber hinaus unterstützen wir die
99 Automobilindustrie und ihre Zulieferer bei der Umstellung auf klimafreundliche
100 Antriebe und fördern Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.
101 Schließlich wird von vielen unterschätzt, wie wichtig die grundsätzliche Reform
102 des Sozialstaates für den ökologischen Strukturwandel der Gesellschaft ist. Wir
103 brauchen einen „neuen Sozialstaat“, der die Menschen in Zeiten von
104 Digitalisierung und Klimaschutz vor einem sozialen Absturz schützt und
105 Lebensleistungen anerkennt. Dafür braucht es ein neues Band der Solidarität,
106 welches das ganze Leben in diesen radikalen Wandlungsprozessen umspannt.

3. Die SPD steht für massive Investitionen in Innovationen der Zukunft

Der Umbau unserer Wirtschaft, Infrastruktur und Industrie bietet riesige Chancen. Nicht nur für das Klima, die Natur oder die Gesundheit von Menschen, sondern auch für tarifgebundene, gut bezahlte Arbeitsplätze – Hunderttausende neue Jobs können geschaffen werden. Wir brauchen ein neues Zusammenspiel von wirtschaftlichem und staatlichem Handeln. Wenn wir die ökologische und digitale Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft zum Gewinn aller gerecht gestalten wollen, brauchen wir einen zukunftsorientierten Staat. Als öffentlichen Auftraggeber, der Innovationen marktfähig macht. Als strategischen Investor, der Potenziale entfesselt.

Als SPD auf Bundesebene haben wir die Konjunkturprogramme gegen die Corona-Krise auf die Ziele des europäischen „Green Deals“ und der Nachhaltigkeit ausgerichtet. Damit bereiten wir den Weg für den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter und den Einstieg in eine klimafreundliche Zukunft: mit milliardenschweren Investitionen in Busse und Bahnen, in Elektromobilität, in klimaneutrale Gebäude und Städte, mit der Förderung von Solar- und Windanlagen, modernen Heizungen und grünem Wasserstoff. Wir haben mit dem Klimaschutzprogramm 2030 das größte Investitionsprogramm für die ökologische Modernisierung unseres Landes geschnürt, das es je gab. Über 54 Milliarden Euro haben wir zur Verfügung gestellt.

Wir brauchen auch in Sachsen eine Investitions- und Innovations-Offensive, um den Klimaschutz im Freistaat voranzubringen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir haben in Sachsen sehr gute Ingenieur*innen, Projektierer*innen und Anlagenbauer*innen, die dies am Ende umsetzen müssen. Damit diese Offensive gelingt, brauchen sie die notwendigen regulatorischen Rahmenbedingungen, sei es bei der Windenergie oder dem Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft.

Und dies ist dringend nötig: Denn wir stehen bei den Klimaschutztechnologien in einem harten nationalen und internationalen Wettbewerb. Wir dürfen hier nicht den Anschluss verlieren. Investitionen in Klimaschutz bedeuten eben auch Investitionen in die Arbeit der Zukunft. Diese Investitionen sind Voraussetzung für den Erhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaftskraft, insbesondere für die exportorientierte sächsische Industrie.

Mangelnde Investitionen oder gar Kürzungen untergraben hingegen die Unterstützung der Bevölkerung für den Klimaschutz: Denn die Leute lehnen es zu Recht ab, dass ihnen allein als Person die Verantwortung für den Klimaschutz zugeschoben wird. Nicht jeder und jede kann sich ein teures Elektroauto leisten, sondern benötigt Alternativen, um kostengünstig und klimafreundlich etwa auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Wir müssen deshalb massiv in den Ausbau des ÖPNV, erneuerbare Energien und in eine Lade-Infrastruktur investieren. Es sollte nicht darum gehen, Menschen vorzuschreiben, was sie zu tun oder zu lassen haben. Die klimaneutrale Alternative muss die einfachere und ökonomischere sein. Das gilt nicht nur für die Seite der Verbraucher*innen, sondern auch für die Wirtschaft: Solange Unternehmen mit fossilen Energieträgern Milliarden Gewinne

150 machen, fehlen ihnen die marktwirtschaftlichen Anreize, an ihrem Geschäftsmodell
151 grundlegend etwas zu ändern.

152 **4. Wir müssen dafür sorgen, dass der Klimaschutz gerecht abläuft.**

153 Klimaschutz, der unsere Lebensgrundlagen wirksam schützt, wird den Menschen
154 massive Veränderungen abverlangen. Die meisten Menschen sind bereit ihren
155 Beitrag zu leisten, wenn sie sehen, dass es beim Klimaschutz gerecht zugeht und
156 sie im Gegenzug verbindliche Sicherheiten erhalten.
157 Die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen müssen nach dem Verursacherprinzip verteilt
158 und getragen werden. Wir sorgen dafür, dass sie auch einkommensgerecht erfolgen.
159 Ökologisch notwendige Reformen werden Mobilität, Energie, Lebensmittel oder
160 Wohnen teurer machen. Wer aber nur den allgemeinen Verbrauch verteuert, schließt
161 Einkommensschwächere vom Konsum aus, während Wohlhabende die Verteuerung kaum
162 spüren. Dies ist besonders ungerecht, weil Haushalte mit schmalen Geldbeutel
163 einen kleineren ökologischen Fußabdruck haben als viele besserverdienende
164 Haushalte.
165 Die SPD steht für einen gerechten Übergang in eine klimaneutrale Zukunft in
166 zweifacher Hinsicht. Wir wollen erstens neue Perspektiven für die Beschäftigten
167 der Branchen schaffen, deren Jobs absehbar keine Zukunft mehr haben in einer
168 klimaneutralen Wirtschaft. Sie erwarten keine Almosen, sondern Chancen um ihr
169 Know-How in die Transformation dieser Gesellschaft einzubringen. Die
170 Strukturwandelregionen sollen Zukunftsregionen werden.
171 Daneben achten wir zweites darauf, dass höhere Kosten für ökologische Produkte
172 und Dienstleistungen gerecht verteilt werden. Der soziale Zusammenhalt unserer
173 Gesellschaft darf nicht zum Kollateralschaden einer ökologischen Transformation
174 werden! Stärkere Schultern können höhere Beiträge zur ökologischen
175 Transformation leisten als schwächere. Sie müssen es sogar, wenn die Mission
176 erfolgreich sein soll. Deshalb wollen wir ökologisch begründete Mehrbelastungen
177 möglichst ausgleichen und darüber hinaus die Arbeitsgesellschaft und den
178 Sozialstaat zum Treiber der ökologischen Transformation machen. Der gerechte
179 Übergang kann nur in einer gerechten Gesellschaft stattfinden.
180 Diese vier Aufgaben hat die SPD, um dem Klimaschutz auch in Sachsen einen
181 weiteren entscheidenden Impuls zu geben.

182 **MEHR KLIMASCHUTZ IN SACHSEN**

183 Wir bekennen uns zum Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung auf 1,5
184 Grad zu begrenzen. Dies sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig. Darum
185 haben wir uns zum Ziel gesetzt, in Deutschland bis spätestens 2045 klimaneutral
186 zu sein. Aus diesem Grund werden wir uns auch auf Landesebene dafür einsetzen,
187 dieses Ziel gesetzlich zu verankern und in regelmäßigem Turnus die Maßnahmen zur
188 Zielerreichung zu überprüfen.
189 Weil der Klimawandel eine der wichtigsten Herausforderungen für die Zukunft

190 unseres Landes ist, sollte er als Staatsziel in die Sächsische Verfassung
191 aufgenommen werden, um ihn ausdrücklich als verfassungsrechtliche Aufgabe von
192 Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts zu verankern.
193 Die Staatsregierung soll dabei mit gutem Beispiel vorangehen, ihre
194 Veranstaltungen nachhaltig planen und umsetzen sowie den Anteil von
195 Elektrofahrzeugen im Landes-Fuhrpark und die Anzahl der Ladesäulen an Landes-
196 Liegenschaften deutlich erhöhen.

197 Allerdings müssen für die Zukunftsinvestitionen auch die nötigen Mittel zur
198 Verfügung stehen. Im Doppelhaushalt 2021/22 haben wir in den Verhandlungen mit
199 CDU und Grünen erreicht: wir können uns im ÖPNV und im Regionalverkehr auf die
200 Stärkung des Netzausbaus im ländlichen Raum konzentrieren. Das Plus- und
201 Taktbus-Netz bauen wir weiter aus. Das Azubi- und Freizeitticket runden wir mit
202 einem Bildungsticket ab. Wir werden die Anschaffung von neuen Bussen und Bahnen
203 fördern und so die sächsische Schienen- und Fahrzeugindustrie stärken. Der
204 ursprünglich vorliegende Vorschlag des CDU-Finanzministers hätte hingegen
205 massive Kürzungen öffentlicher Mittel für Busse, Bahnen und Straßen für diese
206 beiden Jahre bedeutet.

207 Doch darüber hinausgehende Investitionen in Klimaschutz und Zukunftstechnologien
208 drohen ausgebremst zu werden.

209 Hier ist zum einen das Problem der Schuldenbremse: Sachsen hat sich im April
210 2020 entschieden, bis zu sechs Milliarden Euro an Krediten aufzunehmen, um die
211 Bewältigung der Corona-Pandemie zu finanzieren. Diese Entscheidung hat sich als
212 richtig erwiesen. Nach geltender Verfassungslage müssen diese Kredite innerhalb
213 von acht Jahren getilgt werden. Da erst nach zwei Jahren mit der Tilgung
214 begonnen wird, muss Sachsen in den Jahren von 2023 bis 2028 jährlich eine
215 Milliarde Euro in die Tilgung stecken. Eine Milliarde Euro pro Jahr
216 zurückzahlen, das entspricht einem Drittel der freien Mittel des
217 Landeshaushalts. Das bedeutet im Klartext: Wir können nur noch Pflichtaufgaben
218 erfüllen, es stehen aber kaum mehr Investitionen Klimaschutzmaßnahmen zur
219 Verfügung. Wir machen das Land handlungsunfähig, während andere in die Zukunft
220 investieren.

221 Zum anderen fehlen auch im laufenden Haushalt massiv Mittel, um der
222 Zukunftsaufgabe gerecht zu werden. Als SPD plädieren wir weiter für die Bildung
223 eines Sondervermögens FONDS "SACHSEN 2050" neben dem regulären Haushalt. Als
224 Startkapital werden Kreditmittel im Umfang von mindestens 2,5 Milliarden Euro
225 eingelegt, die langfristige Tilgung wird durch die Zuführung von
226 Haushaltsüberschüssen gesichert. Mit diesem „Fonds Sachsen 2050“ wird
227 sichergestellt, dass wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit erhalten
228 werden sowie unser Land nicht abgehängt und in seine Zukunft investiert wird.
229 Damit wollen wir Zukunftsinvestitionen in folgenden Bereichen voranbringen:

- 230 • klimafreundlicher Umbau des Verkehrsnetzes (v.a. Angebotserweiterung und
231 Stärkung im Öffentlichen Personen- und im schienengebundenen Güterverkehr
232 sowie im Radverkehr)

- 233
- ökologischer Umbau von Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft
- 234
- Ausbau alternativer Energieträger wie Wasserstoff und welche einen
- 235
- Ausbau alternativer Energieträger wie Wasserstoff und welche einen klimafreundlichen Umbau der Energieversorgung vorantreiben.
- 236
- Ausbau von Kommunikationsnetzen im Zuge der Digitalisierung (Breitband, 5G
- 237
- Ausbau von Kommunikationsnetzen im Zuge der Digitalisierung (Breitband, 5G u.ä.). Digitalisierung ist zwar auch ein Treiber für den Verbrauch von
- 238
- Ausbau von Kommunikationsnetzen im Zuge der Digitalisierung (Breitband, 5G u.ä.). Digitalisierung ist zwar auch ein Treiber für den Verbrauch von Energie. Doch Digitalisierung kann auch genutzt werden, um Mobilität und
- 239
- Ausbau von Kommunikationsnetzen im Zuge der Digitalisierung (Breitband, 5G u.ä.). Digitalisierung ist zwar auch ein Treiber für den Verbrauch von Energie. Doch Digitalisierung kann auch genutzt werden, um Mobilität und Verkehrsflüsse oder auch Saatgut- und Düngemittleinsatz zu optimieren und
- 240
- Ausbau von Kommunikationsnetzen im Zuge der Digitalisierung (Breitband, 5G u.ä.). Digitalisierung ist zwar auch ein Treiber für den Verbrauch von Energie. Doch Digitalisierung kann auch genutzt werden, um Mobilität und Verkehrsflüsse oder auch Saatgut- und Düngemittleinsatz zu optimieren und auf diese Weise ökologisch nachhaltig zu gestalten.

241 **AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN IN SACHSEN ENDLICH VORANBRINGEN NICHT**

242 **VERZÖGERN!**

243 Unser Ziel ist klar: Eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien bis

244 spätestens zum Jahr 2040. Wir wollen eine bezahlbare Versorgung mit erneuerbarer

245 Energie für alle. Die Kosten dafür müssen fair verteilt werden. Verlässliche und

246 stabile Rahmenbedingungen für private Verbraucher*Innen und Unternehmen

247 unterstützen die notwendigen Investitionen.

248 Um die Ausbauziele zu erreichen, muss der Zubau von Wind- und Sonnenenergie

249 deshalb erheblich beschleunigt werden, schon allein aufgrund des steigenden

250 Strombedarfs in der energieintensiven Industrie, im Verkehr, beim Heizen und der

251 übergreifenden Digitalisierung. Diese wahrscheinliche Prognose macht es

252 notwendig, Stromverbrauch und Stromerzeugung zu monitoren und den Zubau von

253 Erneuerbaren zeitnah entsprechend anzupassen.

254 Der verstärkte Ausbau der erneuerbaren Energien muss einhergehen mit einer

255 langfristigen Absicherung einer zuverlässigen Stromversorgung. Hierzu sind

256 national und international grenzüberschreitende Konzepte unter Einbeziehung

257 einer effizienten Speicherstrategie erforderlich. Sachsen sollte sich dabei

258 aktiv in den Roadmap-Prozess für eine klimaneutrale nationale und europäische

259 Strategie zur Gestaltung der Strom- und Gasnetze einbringen.

260 Wir unterstützen daher die Überlegungen der SPD auf Bundesebene, einen

261 Zukunftspakt Erneuerbare Energien zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu

262 schmieden, um das klimapolitisch Notwendige mit dem regional Möglichen

263 abzugleichen. Ein solcher Pakt legt Ausbaupflichten fest, begründet

264 Unterstützungsinstrumente und schafft ein Monitoringsystem, das den Ausbau

265 transparent macht.

266 Zudem wollen wir den Weiterbetrieb von Solar- und Windkraftanlagen nach Auslauf

267 der Förderung erreichen. Das im Juni 2021 beschlossene sächsische Energie- und

268 Klimaprogramm sieht einen zusätzlichen Ausbau von 10 Terrawattstunden (TWh)

269 Jahreserzeugung aus erneuerbaren Energien (EE) bis 2030 vor. Bis 2024 soll ein

270 Zubau-Zwischenziel von 4 TWh erreicht werden. Der Hauptteil der Jahreserzeugung

271 soll durch die Windenergie gewonnen werden. Der Windausbau über Nutzwald darf

272 kein Tabu mehr sein, wenn die Ziele im Windkraftzubau erreicht werden sollen.

273

274 Derzeit wird der Ausbau der erneuerbaren Energien hauptsächlich über den
275 Landesentwicklungsplan und die Regionalpläne gesteuert. Das Instrument der
276 Regionalplanung zur Steuerung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, mit dem
277 Ziel des Klimaschutzes, verfehlt jedoch leider sein Ziel, da die Fortschreibung
278 dieser Pläne teilweise über 10 Jahre in Anspruch nimmt. Folglich würde jede
279 Maßnahme erst deutlich zu spät Berücksichtigung finden. Um einen stetigen Zubau
280 von erneuerbarer Energie sowie eine zeitgemäße Anpassung an aktuelle
281 Entwicklungen im Energiesektor zu gewährleisten, müssen Energiethemen in den
282 regionalen Planungsregionen mindestens in einem regelmäßigen 5 Jahres-Turnus, in
283 Form von sog. Energieteilplänen (inkl. Windenergie, Solarenergie, Bioenergie,
284 Wasserkraft und Geothermie) fortgeschrieben werden. In diesem Turnus ist der
285 zeitliche Aufwand für die Neuaufstellung der Regionalpläne bereits inkludiert,
286 sodass aller 5 Jahre ein neuer gültiger Regionalplan vorliegen sollte.
287 Der Anteil der für die Windenergienutzung ausgewiesenen Landes- und
288 Gemeindeflächen sollte gegenüber dem Ist-Zustand (0,2 Prozent der Landesfläche
289 Sachsens) deutlich erhöht werden. Dafür setzen wir uns für eine
290 rechtsverbindlich geregelte Flächenausweisung (ohne restriktive Kriterien wie
291 Höhenbegrenzungen) auf Bundes- und Landesebene ein und prüfen auch eine
292 Abweichung von der Konzentration von Windenergieanlagen in Vorranggebieten oder
293 deren Ausschlusswirkung für die Windenergienutzung mit raumbedeutsamen Anlagen
294 außerhalb dieser Gebiete. Zusätzlich setzen wir uns für eine Nutzung der
295 Windenergie auf Kalamitätsflächen, Waldflächen mit geringem
296 naturschutzfachlichen Wert (Monokultur-Nutzwälder) und in Wäldern mit
297 überwiegend klimagestressten Baumbeständen (Kiefer, Fichte) ein. Im Gegenzug
298 hierfür soll die Windenergie einen Beitrag in der Wiederaufforstung unserer
299 Wälder leisten. Dies soll sichergestellt werden, in dem die durch Windenergie in
300 Anspruch genommenen Flächen in anderen Bereichen wieder aufgeforstet werden und
301 mit den Einnahmen durch die Windenergie der Umbau unserer klimagestressten
302 Wälder zu biodiversen Mischwäldern gegenfinanziert wird. Zur Beschleunigung von
303 Genehmigungsverfahren sollten die immissionsschutzrechtlichen Verfahren in der
304 Landesdirektion angesiedelt werden. Hierfür muss selbstverständlich die
305 personelle Ausstattung der Landesdirektion ausgebaut werden.
306 Neben der Windenergie wird auch die Rolle der Solarenergie immer weiter an
307 Bedeutung gewinnen. Wo der Ausbau von Photovoltaik im urbanen Raum immer mehr an
308 Fahrt aufnimmt, wird er zurzeit im ländlichen Raum zunehmend ausgebremst.
309 Wir wollen uns für eine Regelung auf Landesebene einsetzen, welche die
310 Koexistenz von nachhaltiger Energieerzeugung durch Photovoltaikanlagen und
311 landwirtschaftliche Bewirtschaftung auf einer Fläche ermöglicht. Im gleichen Zug
312 soll die Umsetzung von Freiflächenphotovoltaik auch auf landwirtschaftlich
313 bewirtschafteten Flächen gefördert werden und planungsrechtliche Hemmnisse ab-
314 statt aufgebaut werden. Zusätzlich setzen wir uns für ein realistisches
315 Flächenziel für Photovoltaik auf Freiflächen (Grün- und Ackerflächen) ein.
316 Von einer Ausweisung von Vorranggebieten für die Nutzung der Solarenergie ist
317 abzusehen, da diese keine Steuerungswirkung entfaltet und die Gemeinden so in
318

319 ihrer eigenen Planungsfreiheit eingeschränkt würden. Eine mit der Gemeinde
320 realisierte Freiflächenphotovoltaikanlage führt hierbei meist zu einer weitaus
321 höheren Akzeptanz vor Ort, als durch eine Anlage, welche durch die
322 Regionalplanung "aufgezwungen" wird. Zusätzlich soll die Doppelnutzung von
323 Freiflächenphotovoltaik für Landwirte geöffnet werden (Bsp.:
324 Freilandhühnerhaltung und Photovoltaikanlagen; Greening-Fläche und
325 Photovoltaikanlage). Um die Akzeptanz in der Landwirtschaft zu erhöhen, setzen
326 wir uns des Weiteren dafür ein, dass die Flächen der PV-Anlagen nach dem Abbau
327 der Anlagen wieder ihrer ursprünglichen Nutzung zugeführt werden können, ohne
328 dass ein regelmäßiges Umbrechen des Boden stattfindet.

329 Neben der konventionellen Freiflächenphotovoltaik bieten zukünftig große
330 Ausbaupotenziale auch Floating-PV („Schwimmende Photovoltaik“ auf Seen etc.)
331 sowie Agro-PV-Anlagen, die durch Stelzensysteme eine gleichzeitige Energie- und
332 Lebensmittelernte ermöglichen. So ist Agro-PV beispielsweise aktuell die einzige
333 Solartechnologie, welche eine Doppelnutzung der landwirtschaftlichen Flächen mit
334 konventionellen Mähdrusch-Kulturen (bspw. Weizen, Roggen) und Solarenergie
335 ermöglicht.

336 Derzeit sind jedoch weder Agro-Photovoltaik-Anlagen noch Floating-PV-Anlagen
337 gegenüber anderen Freiflächen-PV-Anlagen wirtschaftlich konkurrenzfähig. Sachsen
338 muss daher diese neuen Techniken fördern und sich auf Bundesebene für jeweils
339 eigenständige Ausschreibungsrunden einsetzen. Des Weiteren ist eine
340 Privilegierung von Agro-PV durch eine Änderung des § 35 BauGB bzw. der
341 sächsischen Bauordnung zu erarbeiten.

342 Die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Nutzung von Flächen
343 für Windkraft-Vorhaben auf regionalplanerischer und für PV-Vorhaben auf Ebene
344 der kommunalen Bauleitplanung ist wesentliche Voraussetzung für eine sächsische
345 Energiewende und somit eng mit der Chance auf regionale Wertschöpfung verbunden.
346 Voraussetzung ist ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Akzeptanz und regional-
347 und kommunalpolitischem Willen in den Regionen, die Beteiligung und Teilhabe
348 erfordern.

349 Wo Anlagen für erneuerbare Energien entstehen, müssen die Leute vor Ort also
350 profitieren! Finanziell verbindliche Beteiligungsoptionen wie es sie in
351 Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg schon gibt, müssen auch in Sachsen
352 umgesetzt werden. Über die faire Beteiligung der Umlandgemeinden hinaus muss es
353 Möglichkeiten geben, dass Anwohner*innen im Umfeld der Anlagen unabhängig vom
354 Stromanbieter durch vergünstigte Anwohner-Stromtarife profitieren. Das ist
355 gerecht und schafft Akzeptanz. Generell ist eine hohe Akzeptanz nur dann zu
erreichen, wenn nicht nur rein finanzielle Beteiligungsangebote geschaffen
werden, sondern auch Mitentscheidungen der Bürger*innen möglich sind.

356 **JETZT IN KLIMASCHUTZTECHNOLOGIEN INVESTIEREN UND NACHHALTIGE ARBEITSPLÄTZE** 357 **SCHAFFEN**

358 Wir haben gerade massive Chancen für die sächsische Industrie, einen echten
359 „Vorsprung Ost“ auf wichtigen Zukunftsfeldern zu erreichen, der Sachsen und auch

360 andere Teile Ostdeutschlands von anderen Regionen positiv abhebt. Wir haben im
361 Osten viel Potential und Spitzenleistung. Weil wir hier von der Infrastruktur
362 über Forschung und Entwicklung bis hin zu den Unternehmen und den Anwendungen
363 alles vorhanden haben. Wir haben so das erste Mal, wie alle anderen Bundesländer
364 im Westen auch, die Chance, uns in manchen Wirtschaftsbereichen an die Spitze
365 stellen. Keinen Nachbau West, kein bloßer Ausgleich von Nachteilen.
366 Wir wollen daher das Know-how und die Technologien, die wir hier bereits in
367 Sachsen haben, ausbauen, nutzen und damit Export-Chancen generieren – auch für
368 den Erhalt und für die Schaffung von Arbeitsplätzen.
369 Wenn wir also langfristig zukunftsfähige Arbeitsplätze haben wollen, dann müssen
370 wir immer industrielle Entwicklung und Klimaschutz gemeinsam denken. Denn in
371 dieser Kombination liegt letztlich die Zukunft. Zum einen haben wir in Sachsen
372 in bestimmten Technologien wie der Elektrolyse eine international führende
373 Position und zum anderen werden sich die Industriebetriebe zukünftig ihre
374 Fertigungsstandorte dort aufbauen, wo sie die Möglichkeit haben, emissionsarm zu
375 produzieren. Damit auch Sachsen diese Voraussetzungen in Zukunft erfüllt, müssen
376 wir unsere Erzeugung erneuerbare Energien massiv ausbauen.
377 Um auch zukünftig ein Energieland zu bleiben und Zukunftstechnologien wie grünen
378 Wasserstoff zu fördern, müssen wir bis spätestens 2040 unseren Energiebedarf
379 durch erneuerbaren Energieträger decken. Nur so haben wir die Möglichkeit,
380 Arbeitsplätze und Zukunftstechnologien in Sachsen zu halten und unsere
381 Potenziale weiter auszubauen.
382 Die sächsische Automobilindustrie ist bundesweiter Vorreiter bei der Nutzung
383 alternativer Antriebe. Sachsen ist Hauptland der Elektromobilität. Diese
384 Entscheidung der Autohersteller hat das SPD-geführte Wirtschaftsministerium
385 begleitet und unterstützt. Nun muss massiv die Ladeinfrastruktur durch
386 staatlichen Investitionen ausgebaut werden, um den Marktanteil alternativ
387 angetriebener Fahrzeuge in den nächsten Jahren deutlich zu steigen. Denn erst
388 wenn ein Gebrauchtwagenmarkt für Elektrofahrzeuge entsteht, können breite Teile
389 der Bevölkerung umsteigen - denn die meisten Menschen in Sachsen kaufen keine
390 neue Autos, sondern gebrauchte Autos. Wenn wir den Ausbau der Elektromobilität
391 hingegen nur dem Markt überlassen und den Benzinpreis zu schnell steigern und
392 gleichzeitig nicht den Ausbau der Erneuerbaren Energien schneller vorantreiben,
393 dann wird es für die Leute nur teurer, aber nicht besser.
394 Wir werden weiter die Ansiedlung und die Schaffung neuer und nachhaltiger
395 Arbeitsplätze in den Branchen Elektrolyse und Erneuerbare Energien begleiten und
396 unterstützen. Sachsen hat eine lange Tradition als Energieland, Teile der
397 Solarindustrie kommen derzeit wieder nach Deutschland und auch Sachsen zurück.
398 Und auch etliche Projektierer*innen im Bereich Windenergie haben ihren Sitz in
399 Sachsen. Diese gilt es zu stärken und im Land zu halten, damit uns nicht erneut
400 eine Abwanderung des Know-how ins Ausland, wie im Photovoltaik-Bereich nach
401 China oder anderswo droht.
402 Eine wichtige aktuelle Aufgabe besteht darin, die bereits entwickelten Anlagen
403 und Komponenten wir z.B. die Elektrolyse-Stacks in großen Stückzahlen zu
404

405 fertigen. Bei diesen Aufgaben werden die Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und
406 Mitarbeiter benötigt, die zum Teil heute in der Automobilzulieferindustrie
407 beschäftigt sind und deren Arbeitsplätze auf Grund der Umstellung auf die
408 Elektromobilität nicht erhalten werden können. Der Strukturwandel in der
409 sächsischen Industrie muss durch Umschulungen und Weiterbildungen aktiv
410 mitgestaltet werden, um die Potentiale für die Menschen im Land optimal zu
411 nutzen.

412 Gerade wer im Werk in der Produktion arbeitet, erwartet zu Recht von uns, dass
413 wir ihr oder ihm eine Perspektive in der zukünftigen Arbeitswelt aufzeigen. Wenn
414 wir heute nicht in die Zukunftstechnologien investieren, sind wir später
415 gezwungen, diese zu importieren und müssen dann eine noch höhere
416 Arbeitslosigkeit fürchten. Wir müssen deutlich stärker sichtbar machen, dass es
417 vor allem die gut ausgebildeten Technikerinnen und Facharbeiter in Sachsen sind,
418 die gerade auch in den Firmen des Maschinen- und Anlagenbaus die
419 Entwicklungsergebnisse der angewandten Forschung in marktreife Produkte
420 umsetzen. Nur mit Wissenschaftler*innen allein wird die Umsetzung der
421 Energiewende nicht gelingen.

422 Die hiesige Stahlindustrie bleibt ebenfalls ein wichtiger Pfeiler des
423 Industriestandortes Sachsen. Mit einer Elektro Stahlproduktion und damit einer
424 klimafreundlichen Stahlwirtschaft könnte Sachsen relativ schnell zu einem
425 wichtigen Standort für grüne und nachhaltige Stahlproduktion werden. Hierzu ist
426 jedoch der Ausbau der erneuerbaren Energien zur Bereitstellung von grünem Strom
427 voranzubringen. Neben den großen Industriebetrieben müssen wir gerade in den
428 Bereichen der innovativen Technologien und beim Einsatz der erneuerbaren
429 Energien auch die kleinen Betriebe und Ausgründungen begleiten und unterstützen,
430 denn die großen kapitalkräftigen Firmen haben ihre zentrale Entwicklung in der
Regel nicht in Sachsen.

431 **UMSETZUNG DER NATIONALEN WASSERSTOFFSTRATEGIE IN SACHSEN - VORAUSSETZUNGEN JETZT** 432 **SCHAFFEN**

433 Wir brauchen gerade im Bereich der Wasserstoffwirtschaft heute den Mut,
434 konsequent in die neuen grünen Technologien zu investieren, damit spätere
435 Generationen nicht einen deutlich höheren Preis bezahlen müssen, der sich aus
436 unserer Untätigkeit und Unentschlossenheit ergibt.

437 Der Einsatz von CO₂-frei hergestelltem Wasserstoff kann einen wichtigen Beitrag
438 zur Sektorenkopplung und damit zur Reduzierung der CO₂-Emissionen sowie beim
439 Aufbau neuer Wertschöpfungsketten leisten. Dazu brauchen wir eine sächsische
440 Wasserstoff-Strategie, die vor allem auf grünen Wasserstoff setzt. Das
441 reformierte Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das im Bundestag beschlossen wurde,
442 bietet die Chance für einen Schritt nach vorne, obwohl nicht alle Ziele
443 umgesetzt werden konnten. Um grünen Wasserstoff regional erzeugen zu können,
444 brauchen wir in Sachsen einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien.
445 Die EEG-Umlage-Befreiung von Strom zur Herstellung von grünem Wasserstoff ist
446 bereits ein wichtiger erster Baustein, den wir begrüßen. Wir setzen uns

447 weiterhin für eine klare europaweit einheitliche Definition von grünem
448 Wasserstoff ein.

449 Solange grüner Wasserstoff knapp ist, sollte er bevorzugt dort angewendet
450 werden, wo der Effizienzgrad hoch ist und keine oder nur schlechte Alternativen
451 zur Dekarbonisierung bestehen. Das sind zuerst die energieintensiven bzw.
452 Grundstoffindustrien sowie der Nutz- und Schwerlastverkehr und der Bahnsektor.
453 Wir werden die bereits vorhandenen Stärken in Sachsen verbessern und weiter
454 ausbauen, um in diesem Bereich nachhaltige Arbeitsplätze zu sichern und neue zu
455 schaffen. Dazu zählt auch die Investition in Leuchtturmprojekte mit nationaler
456 Sichtbarkeit.

457 Dies kann im Bereich der Mobilität in den Bereichen ÖPNV, Schwerlast- und
458 Flugverkehr geschehen, denn Sachsen verfügt über einmalige Kompetenzen im
459 Bereich des Anlagenbaus sowie in der Forschung und Entwicklung. Damit können
460 auch große Modellprojekte (z.B. zur Herstellung, zum Transport und zur
461 Speicherung von Wasserstoff sowie zur Herstellung synthetischer Kraftstoffe für
462 den Flug- und Schwerlastverkehr) neben den Projekten zum Einsatz von Strom und
463 Wasserstoff im ÖPNV realisiert werden. Da Sachsen vor allem im Bereich des
464 Schwerlastverkehrs ein Transitland mit hohem Verkehrsaufkommen ist, besteht
465 gerade hier ein dringender Handlungsbedarf und die Möglichkeit Wertschöpfung zu
466 schaffen. Mit den Kompetenzen im Bereich der Brennstoffzellen- und der
467 Fahrzeugentwicklung können bei der Entwicklung von LKW und Logistiklösungen
468 wichtige Beiträge geleistet und Arbeitsplätze geschaffen werden.

469 PKW mit Wasserstoffantrieb sollten nicht im Fokus von Forschung und Entwicklung
470 stehen. Grundsätzlich ist im Bereich der Mobilität in allen Fällen, wo es
471 technisch und wirtschaftlich möglich ist, der direkt-elektrische Antrieb
472 aufgrund des höheren Wirkungsgrades zu bevorzugen.

473 Damit die von den Bundesministerien in der Nationalen Wasserstoffstrategie für
474 den Einstieg in die Wasserwirtschaft zur Verfügung gestellten Mittel von sieben
475 Mrd. Euro zu einer nachhaltigen Entwicklung in Sachsen beitragen, gilt es bei
476 allen Investitionen in Infrastrukturprojekte den Fertigstellungs- und den
477 Nutzungszeitraum zu bedenken. Mit einer hohen Priorität sollten jene Vorhaben
478 vorangetrieben werden, die auch in einem zukünftigen CO₂-freien Energiesystem
479 nutzbar sind. Daher ist auch im Bereich der Gasversorgung 100 Prozent
480 Wasserstoff-Readiness herzustellen, um den Einsatz von grünem Wasserstoff
481 vorzubereiten.

482 Die Verfügbarkeit von sauberem Wasser ist eine wesentliche Grundvoraussetzung
483 für die Elektrolyse, die nicht an jedem Standort gewährleistet ist. Auch hierzu
484 gibt es in Sachsen innovative Ansätze zur Bereitstellung der erforderlichen
485 Wassermengen (u.a. auch aus den Tagebauwässern in den Strukturwandelregionen),
486 die wir begrüßen.

487 Nicht zuletzt ist es für die Akzeptanz von Wasserstofftechnologien in Sachsen
488 dringend nötig, die Situation im ÖPNV und im Regionalverkehr deutlich zu
489 verbessern. Auch hier kann neben dem Einsatz von Elektrobussen, der
490 Wasserstoffantrieb von Bussen in Verbindung mit einer regionalen dezentralen
491

492 Erzeugung des benötigten Wasserstoffs Impulse setzen. Hier sollte der Freistaat
493 unbedingt die vorhandenen Förderprogramme nutzen, damit alle Menschen auch im
494 ländlichen Raum einen besseren Zugang zu einer emissionsarmen Mobilität
495 erhalten. Auch hier sollten die sächsischen Firmen beim Bau und dem Betrieb der
496 Busse eine wichtige Rolle spielen und die Firmen qualifiziert werden, was vor
allem auch die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte einschließt.

497 **KLIMASCHUTZ UND ENERGIEWENDE IM GEBÄUDESEKTOR JETZT SOZIAL GERECHT VORANBRINGEN!**

498 Neben der Energiewirtschaft und den Sektoren Mobilität und Industrie trägt auch
499 der Gebäudesektor in großem Umfang zu den CO₂-Emissionen in Sachsen bei.
500 Betrachtet man den Energiebedarf für einen privaten Haushalt, so stellt die
501 Wärmebereitstellung den größten Anteil dar. Während es für Hauseigentümer mit
502 Vergleichsweise hohem Einkommen die Möglichkeit gibt, sich eine CO₂-arme
503 Energieversorgung wie z.B. über eine Wärmepumpe oder Photovoltaik zu leisten,
504 ist dies für den Mieter in einem Mietshaus nicht möglich. Daher sollten bei der
505 Reduzierung der CO₂-Emissionen im Gebäudesektor und der Einbindung in das
506 Stromnetz drei große Bereiche bedacht werden, wozu im Folgenden

- 507 • öffentliche Gebäude (wie Schulen und Rathäuser)

- 508 • große Mietshäuser sowie

- 509 • Ein- und Mehrfamilienhäuser

510 gezählt werden.

511 Durch die Abschaffung der EEG-Umlage bis Mitte der 2020er Jahre wird Eigenstrom
512 und Mieterstrom deutlich günstiger.

513 Die Mehrzahl der Menschen wohnt in Mietwohnungen und möchte sich auch an einer
514 klimafreundlichen und damit CO₂-armen Energieversorgung beteiligen. Hierzu sind
515 die Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern und die Option des
516 Mieterstroms weiter voranzubringen, was durch Förderungen bei den noch oder
517 wieder im kommunalen Besitz befindlichen Wohnungen geschehen soll. Zudem kann
518 der selbst erzeugte Strom den Mietern auch zum Laden ihrer e-Autos oder anderer
519 e-Fahrzeuge (Roller, Pedelecs, etc.) bereitgestellt werden.

520 Bei allen öffentlichen Gebäuden in Sachsen wollen wir neben einer CO₂-armen
521 Wärmebereitstellung auf allen geeigneten Dachflächen die Installation von
522 Photovoltaikanlagen umsetzen. Damit sollen die Kommunen und das Land eine
523 Vorbild- und Vorreiterfunktion im Bereich der erneuerbaren Energien einnehmen.
524 Hierfür sollten Fördermittel des Bundes und landeseigene Mittel eingesetzt
525 werden.

526 Dazu wollen wir, dass bei allen Investitionsentscheidungen von
527 Landesliegenschaften oder Landesanstalten sowie öffentlichen Gebäuden ein CO₂-
528 Schattenpreis (Berechnung nach social cost oder social value Methode) in der

529 Kalkulation berücksichtigt wird.
530 Bei allen Neubauten, vor allem der öffentlichen Hand (Landesliegenschaften,
531 Landesanstalten, Schulen, Verwaltung etc.), sollte zukünftig eine Installation
532 von Photovoltaikanlagen verpflichtend vorgesehen werden. Das Ziel dabei sollte
533 immer eine 100 prozentige Energieversorgung des Eigenbedarfs sein. Für den
534 aktuellen Gebäudebestand ist eine Nachrüstung (im gleichen Maße) zu prüfen und
535 innerhalb der nächsten 15 Jahre zu realisieren.
536 Alle Maßnahmen sind durch entsprechende Landesregelungen voranzubringen.
537 Insgesamt muss es sozialdemokratisches Ziel sein, CO₂-armes und bezahlbares
538 Wohnen für alle Menschen zu ermöglichen, sowohl bei Neubauwohnungen als auch im
539 Altbestand. Hausbesitzer und Wohnungsbaugesellschaften sind dazu verpflichtet,
540 ihren Beitrag zu leisten, dies ist allein schon aus der im Grundgesetz
541 verankerten Forderung „Eigentum verpflichtet“ direkt abzuleiten. Für eine
542 schnelle Umsetzung sollte für den privaten Immobiliensektor eine
543 Photovoltaikausbau- sowie Energiespeicherförderung aufgesetzt werden.
544 Um das tatsächlichen Potenzial für Photovoltaikdachanlagen zu ermitteln, ist ein
545 Dachkataster zu erarbeiten. Mit Hilfe des Dachkatasters muss anschließend ein
546 Modernisierungsprogramm für Photovoltaikanlagen erarbeitet werden. In der
547 Zwischenzeit muss die sächsische Bauordnung dahingehend geändert werden, dass
548 bei Neubauten (jeglicher Art) die Installation einer Photovoltaikanlage
549 verpflichtend ist. Als Auslegungsgrundlage soll hierbei der jährliche
550 Energieverbrauch des Neubaus bzw. im Fall von energieintensiven Einrichtungen
551 die Dachfläche Anwendung finden.

552 **MEHR KLIMASCHUTZ MIT NEUEM SOZIALSTAAT UND EINER GERECHTEN GESELLSCHAFT**
553 Sozialdemokratischer Klimaschutz verteilt die finanziellen Lasten höherer
554 Umweltstandards und Energiepreise gerecht. Für eine verursachungsgerechte
555 Verteilung der Kosten ist es erforderlich einen CO₂-Preis einzuführen, der sich
556 an den Folgekosten orientiert, die durch den Klimawandel verursacht werden, und
557 auch eine lenkende Wirkung erzielt.
558 Im Gegenzug zur schrittweisen Erhöhung des CO₂-Preises wollen wir erstens bis
559 2025 die EEG-Umlage abschaffen und die Förderung des EE-Ausbaus vollständig über
560 den europäischen und nationalen Emissionshandel finanzieren. Je mehr die EEG-
561 Umlage durch die Verteuerung fossiler Brennstoffe über einen CO₂-Preis ersetzt
562 wird, desto stärker sinkt der Strompreis, während v.a. Heizen und fossiler
563 Verkehr teurer werden. Die Belastung verschiebt sich stärker aus dem
564 Unternehmenssektor zu den Privathaushalten. U.a. werden stromintensive
565 Unternehmen davon profitieren, während Mieter*innen unsanierter Wohnungen oder
566 Fernpendler*innen mehr zahlen müssen.
567 Es wäre ökologisch unsinnig und ungerecht, wenn gerade sie jetzt die
568 Leidtragenden wären. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Entlastungen
569 sektorspezifisch in den Bereichen Wohnen und Verkehr zu schaffen. So
570 unterstützen wir zweitens die Forderung der Bundes-SPD nach einer sozial
571 gerechten Aufteilung der CO₂-Kosten zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen,

572 denn Mieter*innen können und sollen die Erhöhung der Heizkosten nicht allein
573 schultern. Zugleich sollen so die VermieterInnen so motiviert werden,
574 Sonnenpaneele aufs Dach zu installieren oder eine moderne Heizung einzubauen.
575 Weil gerade einkommensschwächere Haushalte ihre Wärmeversorgung nicht
576 kurzfristig anders organisieren können, muss drittens auch das Wohngeld erhöht
577 werden. Und schließlich fordern wir viertens eine höhere Pendlerpauschale. Da
578 diese unabhängig vom Verkehrsträger ist, bliebe der Anreiz für ökologische
579 Verkehrsalternativen bestehen, ohne dass Pendler*innen und Menschen in den
580 ländlichen Räumen pauschal durch eine CO₂-Bepreisung benachteiligt würden.
581 Wir präferieren daher in den nächsten Jahren, die Einnahmen der CO₂-Abgabe für
582 den massiven Ausbau von Infrastruktur und klimafreundlichen Alternativen
583 auszugeben, damit der Klimaschutz vorangeht und auch alle umsteigen können. Erst
584 wenn dieser Umbau sichtbar vorangekommen ist, können die Einnahmen aus dem
585 steigenden CO₂-Preis über andere Instrumenten rückverteilt werden. Dann setzen
586 wir uns auf Bundesebene für eine Klimaprämie ein, durch die der Staat die
587 Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung pro Kopf zurückzahlt, für jede und jeden in
588 gleicher Höhe. Für eine solche Großreform müssen zudem auch die
589 Auszahlungsvoraussetzungen geschaffen werden.

590 Grüne und Teile der CDU wollen hingegen von dem gemeinsam vereinbarten Preispfad
591 abweichen und schon ab 2023 einen CO₂-Preis von 60 Euro pro Tonne. Wird der CO₂-
592 Preis aber zu schnell auf ein zu hohes Niveau erhöht, so hat er keine
593 Lenkungswirkung, sondern wirkt als Bestrafung einer Lebensweise - denn
594 Alternativen für den Umstieg stehen den meisten nicht zur Verfügung. Es ist also
595 vor allem eine Frage des Zeitpunkts. Und der klugen Kombination von CO₂-
596 Bepreisungen, Investitionen und Förderungen.

597 Eine elementare Voraussetzung für das Gelingen der Transformation ist die
598 Sicherung der gesellschaftlichen und sozialen Basis für einen dauerhaft
599 ambitionierten Klimaschutz. Dazu brauchen wir eine Neukonzeption des
600 Sozialstaates. Es geht nicht nur um ein Abfedern, sondern um eine neue
601 Sicherheit im Wandel. Mit unserer Idee des "Neuen Sozialstaats" formulieren wir
602 den Anspruch, anders als Hartz IV im stattfindenden Strukturwandel
603 Abstiegsängsten entgegenzuwirken und neue Aufstiege zu ermöglichen. Denn viele
604 Menschen treibt die Sorge vor sozialem Abstieg bei Verlust des Arbeitsplatzes
605 um, wenn wir Klimaschutzmaßnahmen vorantreiben. Sie befürchten dann ganz
606 konkret, bereits nach einem Jahr gleichgestellt zu werden mit Menschen, die
607 lange nicht oder gar nicht gearbeitet haben. Dass Arbeit und längere
608 Beitragszeiten hier oft keinen Unterschied machen, wird als zutiefst ungerecht
609 empfunden, und das ist es auch.

610 Politik und Wirtschaft müssen den Menschen Sicherheit geben, dass sie vor den
611 Veränderungen keine Angst haben müssen – weder im Alltag noch im Job. Wir können
612 dabei keiner Person, die heute Komponenten eines Dieselmotors zusammenbaut,
613 versprechen, dass das die nächsten 40 Jahre so bleibt. Unser Versprechen ist,
614 dass wir alles versuchen, dass er oder sie eine gleichwertige gute Beschäftigung
615 bekommt. Deshalb wollen wir Arbeit für alle ermöglichen und ein Recht auf Arbeit
616

617 statt eines bedingungslosen Grundeinkommens schaffen. Wer arbeiten will und
618 kann, soll ein Angebot auf Arbeit, Ausbildung oder Qualifikation erhalten. Zu
619 keiner Zeit im Erwerbsleben sollen die Menschen allein gelassen werden. Denn uns
620 wird die Arbeit nicht ausgehen, aber sie wird sich in vielen Bereichen
621 fundamental verändern. Wir müssen die Menschen unterstützen, sich Schritt für
622 Schritt auf die Veränderungen einzulassen und sie zu bewältigen.
623 Wer dennoch seine Arbeit verliert und nach drei Monaten noch keinen neuen Job
624 gefunden hat, erhält einen Anspruch auf eine gezielte Weiterbildungsmaßnahme und
625 soll auf Vorschlag der SPD durch das Arbeitslosengeld für Qualifikation (ALG Q)
626 unterstützt werden.

627 Die Idee eines neuen Sozialstaats beinhaltet zudem, dass alle, die viele Jahre
628 in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, einen längeren Anspruch auf
629 Arbeitslosengeld I haben. Wir wollen Menschen diese Sorgen nehmen und sie dabei
630 unterstützen, sich auf die Arbeitsplatzsuche konzentrieren zu können. Deswegen
631 werden wir bei denjenigen, die aus dem Bezug von ALG I kommen, für zwei Jahre
632 Vermögen und die Wohnungsgröße nicht überprüfen. Wir wollen auch den Schutz von
633 selbst genutztem Wohneigentum ausweiten und eine entsprechende Regelung für
634 Mieter schaffen. Niemand, der auf den Bezug des Bürgergelds angewiesen ist, soll
635 in dieser Zeit seine Wohnung verlassen müssen.

636 Insgesamt gilt es dabei, über die Folgen von Klimaschutzmaßnahmen hinaus zu
637 schauen: Wenn die Warm-Miete steigt, Treibstoff und Lebensmittel teurer werden,
638 dann darf nicht nur die gerechte Gestaltung der Klimaschutzmaßnahmen in den
639 Blick genommen werden. Die Stellschrauben liegen daher auch sechstens in einer
640 gesamt ökologisch-sozialen Wende: Für die Beschäftigten müssen wir auf
641 Bundesebene perspektivisch einen Mindestlohn von 12 Euro einführen und
642 Tariflöhne stärken, damit sich auch Menschen mit kleinen Einkommen bessere
643 Lebensmittel leisten können. Wir brauchen Maßnahmen, damit die Mieten nicht
644 weiter ansteigen oder sogar wieder sinken sowie Veränderungen bei Wohngeld, um
645 ggf. teurere Strompreise zu kompensieren. Wohnen muss als ein öffentliches Gut
646 begriffen werden, das nicht allein dem privaten Markt überlassen bleiben darf.
647 Schließlich müssen sich die großen Vermögen am Klimaschutz beteiligen: Es kann
648 nicht sein, dass bei Krisen immer nur der Faktor Arbeit belastet wird, während
649 die sehr hohen Vermögen wenig zum Klimaschutz beitragen, in sogar ausbremsen
650 oder sich an den Kosten beteiligen, vielleicht sogar auf Kosten von Menschen mit
651 kleinen Einkommen durch Klimaschutz einseitig bereichern. Es braucht daher
652 gerade bei Klimaschutzmaßnahmen eine Rückkehr des Gemeinwohls und eine Stärkung
des Gemeinwohls in der Fläche.